

Zeichen der Zeit : am Ende eines Wahl- und Jubeljahres

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 12

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Am Ende eines Wahl- und Jubeljahres

Die Schweiz hat am 20. Oktober 1991 gewählt: weder einen Rechts- noch einen Linksrutsch, sondern die Polarisierung, diese freilich mit Schlagseiten nach rechts. Ob der linke Pol weiterhin in defensiver Ratlosigkeit verharren werde, ist die Frage, von der nicht nur die Zukunft einer «anderen Schweiz» abhängt, sondern die Existenz einer funktionsfähigen Demokratie überhaupt. Am rechten Pol ist eh schon alles klar, gibt es populistische Patentrezepte zuhauf, die dem unbedarften Bedürfnis nach einfachen Antworten entgegenkommen. Autokult, Fremdenfeindlichkeit und Marginalisierung der sozial Schwachen, von den Asylsuchenden bis zu den Drogenabhängigen, verdrängen die Auseinandersetzung mit den existentiellen Themen unserer Zeit. Das Jubeljahr endet ohne grosse Hoffnung.

Polarisierung

Ein «konkordanzdemokratisch» entpolitiertes Publikum hatte den «Wahlkampf» den Parteien und den für sie Kandidierenden überlassen. Lau wie der Wahlkampf war aber auch die *Wahlbeteiligung*. Ganze 46,2 Prozent bemühten sich an die Urne und unterboten damit noch das Rekordtief von 46,5 Prozent bei den Wahlen 1987.

Von den 200 Sitzen im Nationalrat entfallen nach wie vor drei Viertel auf die «Bundesratsparteien»: 44 auf die FDP (7 Verluste), 41 auf die SPS (wie bisher), 37 auf die CVP (fünf Verluste) und 25 auf die SVP (wie bisher). Die Freisinnigen und die Christlichdemokraten sind jedoch auf ihrem historischen Tiefpunkt angelangt. Aber auch die SPS ist hinter der Erwartung zurückgeblieben, endlich wieder die 20-Prozent-Marke zu überschreiten. Im Ständerat fiel die Linke gar von fünf Sitzen auf deren drei zurück!

Der SPS erwächst mehr denn je Konkurrenz von seiten der *Grünen*, die mit 14 Sitzen

(5 Gewinnen) zur stärksten der nicht im Bundesrat vertretenen Parteien aufgerückt sind. *Links von der SPS* gibt es dagegen nur noch drei Sitze (2 Verluste). Sie entfallen auf «Frauen macht Politik» (1) und auf die Partei der Arbeit (2), die mit dem reformierten Theologen und ehemaligen Arbeiterseelsorger Joseph Zysiadis in der Waadt einen neuen Sitz gewonnen hat.

Erschreckend ist die *Entwicklung am rechten Rand*. Die Autopartei steigerte ihre Mandatszahl von 2 auf 8. Dazu stossen neu 2 Gesinnungsverwandte aus der Lega dei Ticinesi und 5 aus der Nationalen Aktion (bisher 3), die sich den Etikettenschwindel leistet, als «Schweizer Demokraten» (offenbar ohne «Demokratinnen») aufzutreten. Ein Vertreter der EDU aus Bern wird zu dieser Gesellschaft der Raser und Rassisten auch noch sein fundamentalistisches «Amen» sprechen.

Die Zahlen geben insofern kein vollständiges Bild, als selbst unter den etablierten Parteien eine Polarisierung im Gange ist. So hat sich zum Beispiel die *kantonalzürcherische SVP* an die Extrempositionen von Autopartei und Schweizer Demokraten bis zur Kenntlichkeit angenähert. Leider gab es genügend Wählerinnen und Wähler, die diesen Rechtskurs honorierten und die SVP zur stärksten Partei im Kanton Zürich machten. Es sei ihr «zumindest im Wechselwählerparadies Zürich gelungen, mit aggressiven Tönen in der Asyl- und Drogenpolitik im rechten politischen Unterholz Stimmen zu sammeln», schreibt die NZZ (22.10.91), und der Kommentator auf der Kantonsseite fragt: «Wie soll man auf den Wahlsieg einer bürgerlichen Partei reagieren? Mit Genugtuung? Die Freude ist getrübt, denn die Art, wie sich die SVP an die Spitze kämpfte, stimmt nachdenklich.» Neben den Schweizer Demokraten und der Autopartei ist die kantonalzürcherische SVP

heute zur dritten Überfremdungspartei geworden, mit dem Unterschied freilich, dass sie ihre Fremdenfeindlichkeit mit dem Gütesiegel einer Regierungspartei als «gut schweizerisch» darstellen kann. «Die SVP nimmt manchen die Schwellenangst, die gegenüber einer NA noch funktionierte», schreibt Jürg Frischknecht in seinem neuen Buch zu diesem leidigen Thema.¹ Er spricht auch von einem «Testmarkt Zürich», auf dem diese drei Überfremdungsparteien nun tatsächlich 32,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt haben.

Durch den Erfolg von Autopartei und Zürcher SVP geraten die traditionellen *bürgerlichen Parteien* unter Druck. FDP-Präsident Franz Steinegger sah sich bemüssigt, am Tag nach der verlorenen Wahl zu erklären, «seine Partei liege inhaltlich in vielem gar nicht weit von der Autopartei entfernt» (Weltwoche, 21.11.91). Und CVP-Bundesrat Arnold Koller «profilierete» sich mit Sackgeldkürzungen für «Asylanten». Anders als zum Beispiel ein Richard von Weizsäcker in Deutschland ist Herr Koller auch nicht bereit, der Gewalt gegen Asylsuchende entschieden genug entgegenzutreten und sich mit den Betroffenen zu solidarisieren. Menschliches Format gehört in unserer Republik längst nicht mehr zum Anforderungsprofil für einen Bundesrat.

Wenigstens sind in den Fraktionen der SPS und der Grünen die pazifistischen, ökologischen und feministischen Positionen verstärkt worden. Schmerzliche Mandatsverluste wie diejenigen der grünen Zürcher Nationalrätin Monika Stocker und des Aargauer Sozialdemokraten Hans Zbinden trüben freilich diese Bilanz. Gegenüber einem von rechts her unter Druck geratenen oder unter Druck sich wählendem Bürgerblock wird ein *linker Ökopax-Pol* zwar immer mehr Bedeutung erlangen, aber innerhalb der «Berner Mechanik» bis auf weiteres kaum viel ausrichten können.

Verdrängungswahl

Im Gegensatz zu 1987 wagte diesmal niemand mehr von einer «*Hoffnungswahl*» auch nur zu reden. Sie kam schon damals nicht zustande. Trotz ersten Daten vom Waldsterben und trotz den Katastrophen von Tschernobyl bis Schweizerhalle, die wenig-

stens vorübergehend die öffentliche Meinung aufgerüttelt hatten. Ökologisches Umdenken schien angesagt, statt dessen blieb alles beim alten. Was die Grünen 1987 gewannen, ging auf Kosten der Sozialdemokratie.

Die Ausgangslage für die Wahlen 1991 wäre *nicht weniger dramatisch* gewesen. Im Gegenteil: Über ein Drittel der Bäume sind inzwischen krank geworden. Das Ozonloch beginnt uns unmittelbar zu bedrohen. Auch wissen wir genauer als je zuvor, dass der Treibhauseffekt mittelfristig das Ökosystem unserer Alpen zerstören wird. «Die Zeit, um endlich zu reagieren, ist sehr viel kürzer geworden», heisst es im neusten Bericht des Club of Rome, der unter dem Titel «Die globale Revolution» erschienen ist (Spiegel, 9.9.91). Die Menschen bewegten sich «durch das Streben nach materiellem Gewinn per Ausbeutung der Natur in rasendem Tempo auf die Zerstörung des Planeten und ihrer selbst zu».

Und noch etwas sagt der Club of Rome, was die eidgenössischen Wahlen bestätigen: Die «Demokratie», wie sie heute praktiziert werde, sei «für die vor uns liegenden Aufgaben nicht mehr besonders gut geeignet». Dummdreiste Slogans wie «Freie Fahrt für freie Bürger» übertönen die Stimmen der ökologischen Vernunft. Ein im moralischen Sinne kriminelles Verhalten verschafft sich durch hohe Stimmenzahlen Akzeptanz in der öffentlichen Meinung. Ein *Schein von demokratischer Legitimation* dient der kollektiven Verdrängung.

Wo nicht mehr echte Werte die Politik bestimmen, entsteht ein Sinnvakuum, das durch sinnlose Aggression scheinbar ausgefüllt wird. Der grassierende Auto-Fetischismus erinnert an den Satz aus dem Bibelwerk von Leonhard Ragaz: «Weil man ohne Gott die Unendlichkeit doch nicht haben kann, so will man die Schöpfung wenigstens *zerstören*.»² Die Frustration, die solche Ersatzbefriedigung hinterlässt, schlägt um in Zerstörungswut gegenüber echten Werten und in der Folge auch gegenüber Menschen, die sich echten Werten verpflichtet fühlen. Der Flammenwerfer-Spruch aus dem Mund des Chefs der Autopartei ist dafür nur die drastische Probe aufs Exempel. Erich Fromm würde von nekrophiler Destruktivität sprechen.

Verdrängt wird auch die *Verelendung der Dritten Welt*. Leidtragende sind die Asylsuchenden. Als Boten einer Welt, die aus den Fugen geraten ist, werden sie zunächst verbal, dann tätlich angegriffen. Wer die Botschaft nicht hören will, schlägt die Boten, missbraucht die Flüchtlinge als Sündenböcke für sein eigenes Versagen. Sie sind nun an allem schuld, was das Bild der heilen Schweiz zu trüben scheint. Das Feindbild ist geboren, das auch der Armee zu neuer Reputation verhilft. Die Rechnung mit Rassenhass, Militarismus und Isolationismus, im Fall der Autopartei noch angereichert durch den neurotischen Zwang zur Verbesserung der Landschaft, scheint daher aufzugehen. Die so politisieren, wännen sich als Sieger. Aber auch ihre Saat geht auf: Das rechtsextreme Umfeld verharmlost die «Asylantenjagd» zum Kavaliersdelikt. Ein krimineller Fremdenhasser hat im Kanton Schwyz fast 5000 Stimmen erhalten, seine Partei 6,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt.

Wo blieben GSoA und Frauenstreik?

Leider war sie kaum vernehmbar, die linksgrüne Alternative, die sich dieser politischen Unkultur mit Entschiedenheit widersetzt hätte. Es ist nicht gelungen, die positive Alternative einer multikulturellen, gewaltfreien und solidarischen Schweiz zum bestimmenden Thema des Wahlkampfes zu machen. Das hängt vielleicht damit zusammen, dass linke und insbesondere grüne Politik heute zu wenig, jedenfalls zu wenig sichtbar, auf die *sozialen Nöte* eines wachsenden Teils unserer Bevölkerung eingeht. Es ist jedoch eine alte Erfahrung, dass ohne gute Sozialpolitik auch keine menschliche Minderheitenpolitik – von den Asylsuchenden bis zu den Drogenabhängigen – entstehen kann. Fremdenfeindliche Propaganda verfängt in einem Klima existentieller Angst, wie es durch ungelöste soziale Probleme, von den steigenden Krankenkassenprämien bis zu den überbordenden Mietzinsen, hervorgerufen wird. Gegen Fremdenhass kann wirksam nur ankämpfen, wer bereit ist, auch den unterprivilegierten Schichten in der einheimischen Bevölkerung zu helfen. Einzig die welschen Linksparteien nannten die sozialen Verwerfungen

beim Namen. Und der Erfolg blieb nicht aus. In Genf konnte die SP gleich 8 Stimmenprozente zulegen.

Vermutlich haben viele von uns erwartet, der GSoA-Schock von Ende 1989 könnte in einem pazifistischen Wahlschock seine Wiederholung finden, womöglich noch verstärkt durch den Widerstand, der durch den Frauenstreik 1991 mobilisiert wurde. Es ist gewiss tröstlich zu wissen, dass die wichtigsten Ereignisse der vergangenen Legislaturperiode sich nicht in «Bern» abspielten. Warum aber hatten diese Ereignisse kaum einen Einfluss auf die Zusammensetzung des neuen Bundesparlaments? Warum blieben sie weitgehend den Urnen fern, die Jungen, die eine Schweiz ohne Armee für sinnvoll halten, und die Frauen, die ihre Politik noch im vergangenen Juni ins Zentrum der politischen Diskussion rückten? Einzelaktionen, und seien sie noch so erfolgreich, genügen offensichtlich nicht, wenn daraus keine *neuen Netze* entstehen, die über den Tag hinaus tragfähig bleiben.

Auch wenn «Bern» nicht die ganze Politik ist, so vermag das Parlament unsere Hoffnungen auch ganz schön zu durchkreuzen. Der Wahlausgang kann heissen, dass jetzt 4 Milliarden für 34 F/A-18- Kampfflugzeuge, statt für Soziales, Dritte Welt und Umwelt ausgegeben werden. Der Wahlausgang bedeutet auch Schwamm über Fichenaffäre, Geheimdienst und Geheimarmee. Womit die nächsten Skandale vorprogrammiert sind, die Staatsverdrossenheit zunehmen, die Systemkrise sich verschärfen wird.

Politisches Thema müsste aber endlich auch das *Thema Politik*, und das heisst: die Machtlosigkeit der angeblich Mächtigen in den Institutionen des Staates, werden. Die Nichtwählenden merken vielleicht besser als die Wählenden, dass der Kaiser nackt ist. Politik wird bis zur Unerheblichkeit durch die Entscheidungen multinationaler Konzerne bestimmt, durch sog. Sachzwänge vorprogrammiert oder – im Fall des Parlaments – durch Verwaltungsratsstantiemen unterwandert und kolonialisiert. «Es gehe nahezu nur noch um Routinearbeit», relativiert der liberale Publizist Oskar Reck die Arbeit im Bundesparlament (Weltwoche, 24.10.91). Was aber, wenn Parlamentsarbeit nur der notariellen Beglaubigung anderwei-

tig gefasster, demokratisch nicht legitimierter Entscheidungen dient?

Anfang vom Ende der «Zauberformel»

Die heutige Zusammensetzung des Bundesrates sei ein «Auslaufmodell» geworden, schreibt die NZZ in ihrem Wahlkommentar (22.10.91). Das bleibt eigentlich auch zu hoffen. Ragaz sollte mit seiner Warnung recht bekommen: «Ohne Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode.»³ Das hat inzwischen auch das noch wählende Volk gemerkt. Die Bundesratsparteien sind von 85 Prozent Stimmenanteil 1959, im Gründungsjahr der «Zauberformel», auf nunmehr 69,5 Prozent zurückgefallen. Mehr noch hat es vielleicht das nichtwählende Volk, und das ist immerhin die Mehrheit, gemerkt. Mit dem Resultat, dass die Bundesratsparteien gerade noch 25 Prozent wählende Anhängerinnen und Anhänger hinter sich haben. An diesem *Legitimationsdefizit schweizerischer Politik* wird sich erst wieder etwas ändern, wenn zumindest eine der grossen Parteien aus der Opposition heraus Alternativen formuliert, natürlich nicht, um in der Opposition zu bleiben, sondern um diesen Alternativen zu neuen Mehrheiten zu verhelfen.

Logisch wäre das *Ausscheiden der SPS aus dem Bundesrat*. Zumindest sollte sie die Oppositionsrolle nicht scheuen, wenn es nicht gelingt, in der Koalition mit den bürgerlichen Bundesratsparteien wenigstens ein sozialdemokratisches Existenzminimum an sozial-, umwelt- und friedenspolitischen Positionen, gerade im Zusammenhang mit der Europaentscheidung, durchzusetzen. Sonst wäre zu fragen, wie denn diese Positionen überhaupt noch ins öffentliche Bewusstsein rücken könnten, wenn sie weiterhin durch die «Konkordanzdemokratie» auf Kompromiss reduziert, statt in offener Diskussion und – wenn's sein muss – Konfrontation öffentlich gemacht würden? Unsere Sorge müsste es sein, dass nicht auch noch die Demokratie zum «Auslaufmodell» wird, wie der Club of Rome andeutet. Auch darum ginge es also, das demokratische Bewusstsein soweit zu verändern, dass Demokratie wieder umwelt-, sozial- und friedensverträglich würde.

Natürlich wäre ebenfalls eine *Mitte-*

Links-Koalition denkbar, die zum Ausscheiden der SVP führte. Das freilich gäbe den Rechtsaussern in dieser Partei die Chance, sich auf Kosten der zentralen Werte unserer Gesellschaft zu profilieren und die entscheidenden Probleme noch mehr zu verdrängen, statt sie zu thematisieren. Von den grossen Parteien hat nur die SPS das Potential, zukunftssträchtige Alternativen aufzuzeigen und sie ohne die Hypothek der Bundesratsbeteiligung, erst noch einer personell schwach bestückten, glaubwürdig zu vertreten.

Zu bedenken wäre schliesslich, dass finanziell noch so *aufwendige Wahlkämpfe* das öffentliche Nachdenken nicht ersetzen können. Mich reuten die Millionen, mit denen vor allem die SPS die bürgerlichen Gazetten alimentierte. Das Geld wäre im Aufbau einer grossen linken Tageszeitung weit sinnvoller und vor allem auf Dauer investiert gewesen. Dass mit «besseren Leuten» allein noch keine Erfolge zu erzielen sind, ist eine Warnung, die Inhalte, ja die Visionen nicht ganz zu vergessen, und insofern nicht das schlechteste Resultat dieser Wahlen.

Der 20. Oktober 1991 ist nicht zuletzt ein *Verdikt über das eidgenössische Jubeljahr*, das mehr den Status quo zelebriert, als in die Zukunft gewiesen hat. Das mag für den linken Boykott der unredlichen Gesamtveranstaltung als Bestätigung erscheinen. Ist es aber nur bedingt. Denn auch der Boykott hat offensichtlich nichts bewegt. Er hat sich an den Urnen nicht umgesetzt, sondern fortgesetzt. Freundinnen und Freunde, wir müssen uns für 1992ff. noch sehr viel mehr einfallen lassen.

1 «Schweiz wir kommen», Die neuen Fröntler und Rassisten, Zürich 1991, S. 265.

2 Leonhard Ragaz, Die Bibel eine Deutung, Band I: Die Ur-Geschichte, Zürich 1947, S. 52.

3 Vgl. W. Spieler, «Ohne Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode» – Leonhard Ragaz zur Bundesratsbeteiligung der SPS, in: NW 1984, S. 45ff.